



## **1. Informationen zur Beschäftigung von in Deutschland immatrikulierten ausländischen Studenten/ Studienbewerbern aus Nicht-EU/EWR – Staaten +++ Stand: 01/ 2007 +++**

Ausländer dürfen eine Beschäftigung nur dann ausüben, wenn der Aufenthaltstitel dies erlaubt, und von Arbeitgebern nur beschäftigt werden, wenn sie über einen solchen Aufenthaltstitel verfügen. Der Aufenthaltstitel wird von der Ausländerbehörde ausgestellt. Die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit ist nicht erforderlich. Die Aufenthaltserlaubnis muss jeweils gültig sein, z.B. darf sie nicht wegen Eintritts einer auflösenden Bedingung vorzeitig erloschen sein ( wie z.B. bei einem bereits erfolgtem Studienabbruch). Durch die Ausübung einer Beschäftigung darf der eigentliche Aufenthaltswitzweck (=Studienvorbereitung bzw. Absolvierung eines Studiums) nicht gefährdet werden.

### **Auszug zu § 16 Aufenthaltsgesetz ( AufenthG):**

**Abs. 1** Einem Ausländer kann zum Zweck der Studienbewerbung und des Studiums an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder vergleichbaren Ausbildungseinrichtung einschließlich der studienvorbereitenden Maßnahmen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden...

**Abs. 3** Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 90 Tage oder 180 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten.

#### **Hinweise zu Abs. 1 :**

Diese Regelung gilt nicht für Studierende an Fernuniversitäten. Insbesondere bei Aufenthaltserlaubnissen, die zum Besuch studienvorbereitender Sprachintensivkurse oder zum Besuch eines Studienkollegs ausgestellt wurden, sind die aufenthaltsrechtlichen Nebenbestimmungen genau zu beachten, da durch diese i.d.R. die Arbeitszeiten eingeschränkt werden ( z.B. „nur am Wochenende“ oder „nur in den Ferien“)

#### **Hinweise zu Abs. 3 :**

Bezugszeitraum ist jeweils das Kalenderjahr vom 1.1.bis 31.12. Es werden nur die tatsächlichen Arbeitstage gezählt.

Berechnungsgrundlage für die Beschäftigung an halben Tagen ist die regelmäßige Arbeitszeit der weiteren Beschäftigten des Betriebes. Als halber Tag gelten Beschäftigungszeiten bis zu vier Stunden, sofern die regelmäßige Arbeitszeit der weiteren Beschäftigten acht Stunden beträgt. In Fällen, in denen die regelmäßige Arbeitszeit der weiteren Beschäftigten zehn Stunden beträgt, gelten Beschäftigungszeiten bis zu fünf Stunden als halber Tag. Nachtschichten über Mitternacht von maximal 8 Stunden gelten als ein Beschäftigungstag.

Eine Kombination von ganzen und halben Tagen im Laufe eines Kalenderjahres ist möglich ( z.B. 45 Tage Ganztagsbeschäftigung plus 90 Tage Halbtagsbeschäftigung ). Eine Beschäftigung über diesen Rahmen hinaus ist grundsätzlich nicht möglich.

Unter Beschäftigung ist die unselbständige Tätigkeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses zu verstehen. Studentische Nebentätigkeiten werden i.d.R. an Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ausgeübt. Dazu zählen z.B. auch hochschulbezogene Tätigkeiten in hochschulnahen Organisationen..

Es empfiehlt sich dringend, vor Aufnahme einer Beschäftigung zu prüfen, welche Beschäftigungszeiten im laufenden Kalenderjahr bereits vorliegen ( z.B. anhand einer wahrheitsgemäßen, unterschriebenen Erklärung des Beschäftigten). Über Beschäftigungszeiten sind sowohl vom Arbeitgeber, als auch vom Beschäftigten geeignete Nachweise zu führen, um bei Prüfungen belegen zu können, dass der Beschäftigungsrahmen nicht überschritten wurde. Aufgrund der drastisch angehobenen Bußgeldsätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei unerlaubter Beschäftigung kann nur eindringlich auf Beachtung dieser Information hingewiesen werden.

(Sofern ein in einer Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschriebenes Praktikum absolviert wird, oder ein Praktikum welches zur Erreichung des Ausbildungszieles nachweislich erforderlich ist, üben Studierende keine anzurechnende Beschäftigung aus. Das Praktikum ist dann Bestandteil des Studiums).

## **2. Hinweis für in Deutschland immatrikulierte Studenten/ Studienbewerber aus Polen, Lettland, Litauen, Estland, Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Rumänien und Bulgarien mit Freizügigkeitsbescheinigung :**

Die oben beschriebenen Regelungen zu § 16 AufenthG finden entsprechende Anwendung. Sofern die danach arbeitsgenehmigungsfreien Beschäftigungszeiten „verbraucht“ sind und eine Weiterbeschäftigung beabsichtigt ist , wird bei entsprechender Antragstellung bei der Agentur für Arbeit mit Abgabe eines Vermittlungsauftrages die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung nach § 284 Abs. 3 SGB III ( sog. Arbeitsmarkt- Vorrangprüfung) geprüft.

Hierfür sollte mind. 6 Wochen vor Ablauf des arbeitsgenehmigungsfreien Beschäftigungszeitraums die Antragstellung erfolgen.